



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Minister

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Peter Sönnichsen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

16. August 2010

**Jahresbericht 2009 für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“
(Kapitel 1116)
Übersicht über die Schuldverpflichtungen und Bürgschaften des Landes Schleswig-
Holstein Ende 2009
Übersicht über den Schuldenstand der ausgegliederten Bereiche Ende 2009**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den Jahresbericht 2009 für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ (Anlage 1).

In der Anlage 2 übersende ich eine Übersicht über den Stand der in das Landesschuldbuch Ende 2009 eingetragenen Schuldverpflichtungen und Bürgschaften gem. § 5 Abs. 2 Landesschuldbuchordnung.

Zur vollständigen Darstellung der Verschuldungssituation des Landes finden Sie in der Anlage 3 in diesem Jahr erstmalig eine Übersicht des Schuldenstandes der ausgegliederten Bereiche Liegenschaftsverwaltung (LVSH), Vermögensbeteiligung (GVB) und Krankenhausfinanzierung.

Ich möchte die Vorlage mit einigen kurzen Hinweisen verbinden:

- Die Wirtschafts- und Finanzkrise beeinflusste auch in 2009 die Aktivitäten des Kredit- und Zinsmanagements des Landes. Trotz der Turbulenzen auf den Kapitalmärkten war die Liquidität des Landes durch die frühzeitige Eindeckung jederzeit gewährleistet.
- Insgesamt kam es zu einem deutlichen Rückgang des Zinsniveaus im Jahresverlauf. Diese günstige Zinsentwicklung und die darauf ausgerichteten Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements trugen dazu bei, dass die Zinsausgaben trotz der Zunahme der Verschuldung in 2008 von knapp 500 Mio. € und der planmäßigen Überführung der Schulden der GVB in Höhe von rd. 860 Mio. € mit 946 Mio. € nur geringfügig über dem Vorjahr lagen (2008: 931 Mio. €). Das wirtschaftliche Ergebnis in Form der Zinsminderungen im Vergleich zur Benchmark entwickelte sich mit 52 Mio. € (2008: 33 Mio. €) ebenfalls positiv.

Mit Blick auf die zukünftigen Zinsausgaben wird sich die derzeit relativ günstige Ausgabenentwicklung im Zuge der historischen Niedrigzinsphase zwar kurzfristig fortsetzen. Allerdings ist in den Folgejahren angesichts des dramatischen Verschuldungsniveaus der öffentlichen Hände und der zu erwartenden Normalisierung der Zinssätze mit einem Anstieg der Zinsausgaben zu rechnen. Das Land Schleswig-Holstein steht in den nächsten Jahren vor gewaltigen finanzpolitischen Herausforderungen

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Rainer Wiegard

Jahresbericht 2009

für den Aufgabenbereich:

Kredite, Finanzderivate, Schulden
Kapitel 1116

***Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein***

Referat VI 25

*Kredit- und Zinsmanagement,
Schulden- und Derivatverwaltung*

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Zusammenfassende Kurzdarstellung	I - II
1 Einleitung.....	1
2 Rahmenbedingungen und Planungsgrundlagen	1
2.1 Wirtschafts- und Zinsentwicklung.....	1
2.2 Eckdaten der Kreditfinanzierung, Zinsprognose und strategische Planung	3
3 Geschäftsabschlüsse 2009: Volumen und Struktur.....	5
3.1 Kredite	5
3.1.1 Ermächtigungen und Abschlüsse	5
3.1.2 Laufzeit- und Zinsbindungsstruktur.....	6
3.1.3 Kreditarten und Gläubiger	6
3.1.4 Zeitliche Deckung des Kreditbedarfs	7
3.2 Finanzderivate	9
3.2.1 Ermächtigungen und Abschlüsse	9
3.2.2 Abschlussstruktur und Zielsetzungen	9
3.2.3 Vorzeitige Auflösung von Finanzderivaten und Umstrukturierungen.....	11
3.3 Zinsbindungs- und Kostenstruktur der Kredite und Finanzderivate	12
4 Ergebnisse und Risiken	12
4.1 Haushaltmäßiges Ergebnis	13
4.2 Wirtschaftliches Ergebnis.....	13
4.2.1 Wirtschaftliche Ergebnisse im Bereich Kredite und Finanzderivate.....	13
4.2.2 Wirtschaftliche Ergebnisse im Bereich Schulden- und Derivatverwaltung.....	14
4.3 Entwicklung der Risiken	15
4.3.1 Zinsänderungsrisiken, Limite	15
4.3.2 Kreditrisiken aus Finanzderivaten.....	16
4.3.3 Operationelle Risiken	17
5 Entwicklung und Struktur der Gesamtverschuldung.....	17
5.1 Entwicklung der Kreditmarktschulden	17
5.2 Struktur der Gesamtverschuldung.....	17
5.2.1 Kreditartenstruktur	18
5.2.2 Gläubigerstruktur	18
5.2.3 Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden	19
5.2.4 Struktur der Verzinsung.....	20

Abbildungsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Abbildung 1: Zinsentwicklung am europäischen Geld- und Kapitalmarkt 2009.....	3
Abbildung 2: Ermächtigung und Abschlüsse Kredite 2009.....	5
Abbildung 3: Kreditbedarf und Kreditabschlüsse in den Monaten des Jahres 2009	8
Abbildung 4: Ermächtigungsrahmen und Bestandsentwicklung Derivate in 2009	9
Abbildung 5: Aufteilung Abschlussvolumen Finanzderivate	10
Abbildung 6: Entwicklung Abschlussvolumen Zinsderivate 2000-2009	11
Abbildung 7: Vertragsbestand Zinsderivate per Stichtag 31.12.....	11
Abbildung 8: Wirtschaftliches Ergebnis 2009	13
Abbildung 9: Fallzahlen der Schulden- und Derivatverwaltung	14
Abbildung 10: Leistung und Anzahl der Abschlüsse / Abtretungen gewichtet nach Schwierigkeitsgrad.....	14
Abbildung 11: Limit für das haushaltsmäßige Zinsänderungsrisiko.....	16
Abbildung 12: Schulden aus Kreditmarktmitteln in 2009	17
Abbildung 13: Struktur der Gesamtverschuldung nach Kreditarten per 31.12.2009	18
Abbildung 14: Entwicklung der fundierten Schulden	18
Abbildung 15: Gläubigerstruktur der Schuldscheindarlehen per 31.12.2009	19
Abbildung 16: Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden.....	19

Zusammenfassende Kurzdarstellung

Wirtschafts- und Zinsentwicklung

Die auf die Finanzkrise folgende weltweite Rezession ließ das globale Wachstum in 2009 um 0,75% schrumpfen. Im Euroraum sank das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 4%. Umfangreiche konjunkturelle Stützungsmaßnahmen sorgten ab der zweiten Jahreshälfte für eine leicht zunehmende wirtschaftliche Dynamik. Deutschland durchlebte mit einem BIP von -5% die schwerste Rezession der Nachkriegszeit.

Die zur Stützung des Finanzsektors ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen der EZB prägten die Entwicklung am europäischen Geld- und Kapitalmarkt in 2009. Der Zinssatz für die 10-jährige Laufzeit schwankte ausgehend von 4,404% zunächst nur leicht, nahm im Jahresverlauf bis 3,54% ab und lag im Durchschnitt bei 3,82%. Der kurzfristige 6-Monatssatz sank im Jahresverlauf kontinuierlich von 2,85% zu Jahresbeginn auf einen historischen Tiefstand im 4. Quartal von 0,99% und betrug durchschnittlich 1,44%.

Optimierungsmaßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements

Unter Berücksichtigung der Zinsentwicklung und des Liquiditätsbedarfs ist das Kredit- und Zinsmanagement des Landes darauf ausgerichtet, die Folgekosten aus der Kreditaufnahme unter Ergebnis-Risiko-Abwägungen zu optimieren. Inhaltlich geht es um die Verankerung möglichst niedriger Zinskosten unter Berücksichtigung der Zinsänderungsrisiken über einen längeren Zeitraum (mindestens der mittelfristigen Finanzplanung).

Die **Kreditfinanzierungen (Abschlussvolumen rd. 4,3 Mrd. €)** wurden wie folgt strukturiert:

- In 2009 entfielen 63% (2008: 68%) der Finanzierungen auf festverzinsliche Darlehen. Der Anteil an variablen Darlehen betrug demnach 37% (2007: 32%).
- Die durchschnittliche Rendite der Festzinsdarlehen sank deutlich um mehr als einen Prozentpunkt auf 3,07% (2008: 4,38%). Die Durchschnittslaufzeit betrug 6,3 Jahre (2008: 6,1) und lag wie bereits im Vorjahr unter dem langjährigen Mittel (7,5 Jahre).
- Im Jahr 2009 hatte aufgrund der Marktengpass im Zuge der Finanzkrise die Beschaffung der Liquidität einen vergleichsweise hohen Stellenwert. Die Ausrichtung auf das Investoreninteresse und die entsprechende zeitliche Verfügbarkeit der Mittel standen dabei im Vordergrund.
- Neben der originären Finanzierung des Landeshaushalts war das Referat für Kredit- und Zinsmanagement in 2009 mit der Umsetzung der Kapitalmaßnahmen über insgesamt 3 Mrd. € für den „HSH-Finanzfonds AöR“ betraut. Die spezifische Finanzierung konnte vor dem Hintergrund des krisenbedingt schwierigen Marktumfeldes erfolgreich umgesetzt werden.

Das Finanzministerium setzt seit 1992 **Finanzderivate** zur Optimierung der Kreditkonditionen und zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken ein. In 2009 wurden **Finanzderivate mit einem Gesamtvolumen von rd. 3,26 Mrd. €** (2008: 2,76 Mrd. €) **abgeschlossen**. Schwerpunkt war der Bereich der Umstrukturierung der begebenen, großvolumigen Wertpapieremissionen.

- Der überwiegende Anteil der Abschlüsse (2,86 Mrd. €, 88%) entfiel auf Zinsswaps, der Rest auf Zinsoptionen (0,4 Mrd. €, 12%).
- Mit Bezug auf die haushaltsgesetzlichen Ziele des Derivateinsatzes entfiel ein höherer Anteil auf die Begrenzung von Zinsänderungsrisiken (2,06 Mrd. €, 63%), der übrige Teil auf die Optimierung der Kreditkonditionen (1,2 Mrd. €, 37%).
- Der zulässige Höchstbetrag für den Gesamtbestand an Finanzderivaten, der den Gesamtschuldenstand des Vorjahres nicht überschreiten darf (§ 18 Abs. 7 LHO), wurde im gesamten Jahresverlauf eingehalten.

Konsolidierte Betrachtung: Kredit- und Derivatbereich

Eine Beurteilung der Zinsbindungs- und damit der Kostenstruktur der Verschuldung ist nur im Zusammenhang von Krediten und Finanzderivaten aussagekräftig. Das Land orientiert sich bei den Finanzierungen grundsätzlich an der Investorennachfrage und betreibt mit Hilfe von Finanzderivaten die Feinsteuerung der Zinskosten. Mit Bezug auf das Finanzierungsvolumen von 4,3 Mrd. € ergibt sich folgende Struktur:

- Auch in 2009 wurde ein großer Teil der originären Zinsverpflichtungen durch ergänzende Finanzderivate umstrukturiert. Der Anteil der Festzinsverpflichtungen nach Derivateinsatz blieb im Vergleich zum Vorjahr mit 83% nahezu konstant (2008: 80%), der variable Anteil betrug dementsprechend 17% (2008: 20%).
- Die durchschnittliche Laufzeit der Festzinsdarlehen unter Berücksichtigung der Derivate verkürzte sich leicht von 6,3 auf 6,0 Jahre. Die Durchschnittsrendite erhöhte sich von 3,07% auf 3,33% und lag deutlich unterhalb der durchschnittlichen Vorjahresrendite (2008: 4,27%).
- Die vorab festgelegte zulässige Höchstgrenze für die Schwankungsbreite der Zinsausgaben im Haushaltsvollzug (Zinsänderungsrisiken gem. §2 (4) HG 2009/2010) betrug in 2009 zunächst 40 Mio. € und nach dem 2. Nachtrag im Juli 10 Mio. €. Im Haushaltsvollzug wurden die vorgegebenen Limitgrößen stets eingehalten.

Ergebnisse

Haushaltsmäßige Ergebnisse

Die haushaltsmäßigen Zinsausgaben betragen in 2009 945,66 Mio. € und unterschritten das Haushalts-Soll gemäß des 2. Nachtrages von 1.018,69 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Zinsausgaben leicht um 14,76 Mio. €. Die Mehrbelastungen von rd. 50 Mio. € aus der Neuverschuldung 2008 und der Übernahme der GVB-Schulden konnten weitestgehend kompensiert werden.

Wirtschaftliches Ergebnis

Im Rahmen der Outputorientierten Budgetierung werden die wirtschaftlichen Ergebnisse durch Gegenüberstellung der Zinsausgaben mit einem Referenz-Portfolio (Benchmark) gesteuert. In 2009 wurde ein positives Ergebnis in Höhe von 51,89 Mio. € (Plan: 27,6 Mio. €) erzielt. Diese positive Ergebnisentwicklung ist auf das stark rückläufige Zinsniveau und dem darauf ausgerichteten Kredit- und Zinsmanagement zurück zu führen.

Im Abwicklungsbereich (Schulden- und Derivatverwaltung) werden die wirtschaftlichen Ergebnisse anhand von qualitätsgewichteten Fallzahlen für die wichtigsten Aufgaben ermittelt. Aufgrund des wachsenden Schuldenstandes hat sich die Zahl der Schuldbuchkonten leicht erhöht. Die Komplexität der Derivate stellt hohe Anforderungen an die zu erbringenden Leistungen.

Struktur der Gesamtverschuldung

Der Anteil an variablen Verpflichtungen am Gesamtbestand ist mit 10% (2008: 10%) weiterhin relativ gering. Die durchschnittliche Restlaufzeit des gesamten Kreditbestandes verkürzte sich aufgrund der Investorennachfrage nach kürzeren Laufzeiten auf 5,61 Jahre (2008: 6,1). Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist, die neben der Laufzeit auch die Struktur der Verzinsung berücksichtigt, verringerte sich mit 4,4 Jahren geringfügig (2008: 4,5). Insgesamt ist es gelungen, die Zinsänderungsrisiken für den mittelfristigen Horizont zu begrenzen und durch Sicherungsmaßnahmen Zinskostenersparnisse für die nächsten Jahre zu generieren.

1 Einleitung

Mit dem Haushalt 2002 wurde für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ (Referat VI25, Kapitel 1116) die Outputorientierte Budgetierung einschließlich der Kosten- und Leistungsrechnung und des Controllings eingeführt. Die Eckpunkte des Konzepts der Outputorientierten Budgetierung und die wesentlichen Ziel- und Steuerungsgrößen (insbesondere wirtschaftliche Ergebnisse, Risikolimits, Kosten) werden regelmäßig in den „Zusätzlichen Erläuterungen zum Kapitel 1116“ im Haushaltsplan dargestellt.

Die Kernelemente des Kredit- und Zinsmanagements sind in den haushaltsgesetzlichen Grundlagen für den Aufgabenbereich (§ 3 HG) verankert. Zentrales Ziel des Kredit- und Zinsmanagements ist die Optimierung der Zinsbelastungen des Landes, d.h. die mittel- bis langfristige Reduzierung der Zinsausgaben (Ergebnis) unter Berücksichtigung der Zinsänderungsrisiken (Risiko).

Zur Ergebnis-Risiko-Steuerung der Zinsausgaben im Rahmen der Outputorientierten Budgetierung wird das eigens entwickelte Portfolioverfahren (PERZ SH) eingesetzt. Das Portfolioverfahren ermöglicht eine Steuerung auf Basis der Erkenntnisse der modernen Portfoliotheorie unter Berücksichtigung der besonderen Rahmenbedingungen für die öffentliche Kreditaufnahme und des Haushaltswesens.

Mit Einführung der Outputorientierten Budgetierung für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ wurde die regelmäßige Berichterstattung in Form eines Jahresberichts mit dem Finanzausschuss vereinbart. Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die Aktivitäten und Ergebnisse des Aufgabenbereichs „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ im zurückliegenden Jahr 2009 sowie über die Auswirkungen für die Folgejahre. Unter Ziffer 2.1 wird zunächst die Wirtschafts- und Zinsentwicklung als wesentliche Planungs- und Entscheidungsgrundlage für das Kredit- und Zinsmanagement erläutert. Auf das Volumen und die Struktur der abgeschlossenen Kredite und Finanzderivate unter Berücksichtigung der Ermächtigungen wird in Ziffer 3 eingegangen. Anschließend folgt unter Ziffer 4 die Erläuterung der haushaltsmäßigen und wirtschaftlichen Ergebnisse sowie der wesentlichen Risikokategorien. Der letzte Abschnitt gibt einen Überblick über die Entwicklung und Struktur der Gesamtverschuldung.

2 Rahmenbedingungen und Planungsgrundlagen

2.1 Wirtschafts- und Zinsentwicklung

Die Wirtschafts- und Zinsentwicklung wurde in 2009 dominiert von den weitreichenden Auswirkungen der Finanzkrise und den massiven geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen der Staaten.

Wirtschaftsentwicklung 2009

Die Weltwirtschaft durchlebte im Winterhalbjahr 2008/2009 als Folge der Finanzkrise eine harte Rezession, von der sie sich ab dem Frühjahr 2009 langsam erholen konnte. Vor allem die umfangreichen Stützungsmaßnahmen der Regierungen und Notenbanken sowie der zügige Expansionskurs der asiatischen Schwellenländer trugen zur konjunkturellen Belebung bei. Insgesamt schrumpfte die globale Wirtschaft jedoch im Vergleich zum Vorjahr um 0,75% (2008: 3,4%).

Im Euroraum erholte sich die Konjunktur erst im zweiten Halbjahr 2009 nach schwerer Rezession allmählich, wobei sich die Dynamik in den einzelnen Euroländern deutlich unterschied. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank in 2009 dennoch insgesamt um 4% (2008: +0,6%). Die deutsche Wirtschaft brach in 2009 so stark ein wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte. Das reale BIP schrumpfte um 5% (2008: +1,3%). Vor allem rückläufige Investitionen und der harte Exporteinbruch bremsen das Wirtschaftswachstum. Mit einem sprun-

haften Rückgang um -14,7% (2008: +2,7%) wurden das erste Mal seit 1993 wieder weniger Waren ausgeführt als im jeweiligen Vorjahr.

Die US-Konjunktur war in 2009 geprägt von der stärksten Rezession der Nachkriegszeit. Trotz der relativ frühzeitigen wirtschaftlichen Belebung schrumpfte das reale BIP insgesamt noch um 2,4% (2008: +1,1%). Vor allem der private Konsum als Hauptimpulsgeber der US-amerikanischen Wirtschaft litt aufgrund sinkender Vermögenswerte, restriktiver Kreditvergabe und steigender Arbeitslosenzahlen. Die Arbeitslosenquote lag mit durchschnittlich 9,3% deutlich über der des Vorjahres (2008: 5,8%). Die Verbraucherpreise gaben massiv um 0,4% nach (2008: 3,9%).

Der starke Wirtschaftseinbruch in 2009 wirkte sich auch spürbar auf die Beschäftigung im Euroraum aus. Die Arbeitslosenquote stieg auf 9,4% und lag damit deutlich über der des Vorjahres (2008: 7,5%). In Deutschland entwickelte sich der Arbeitsmarkt hingegen überraschend robust. Mit durchschnittlich 8,2% stieg die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr (2008: 7,8%) lediglich geringfügig an. Dieser Effekt ist vor allem auf die staatliche Förderung der Kurzarbeit zurückzuführen.

Die Verbraucherpreise sanken in 2009 sowohl in Deutschland als auch in der gesamten Eurozone im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Aufgrund nachgebender Kraftstoff- und Nahrungsmittelpreise sowie eines allgemein moderaten Preisniveaus erreichten die Inflationsraten Werte nahe Null. Mit 0,2% (2008: 3,3%) lag die Preissteigerungsrate im Euroraum in 2009 auf einem historisch niedrigen Niveau. In Deutschland wurde mit 0,4% (2008: 2,6%) die geringste Inflationsrate seit der Wiedervereinigung erreicht.

Zinsentwicklung 2009

Die Zinsentwicklung auf dem europäischen Geldmarkt war in 2009 geprägt durch die umfangreichen geldpolitischen Maßnahmen der EZB zur Stützung des Finanzsektors. Die kurzfristigen Zinssätze fielen auf ein historisch niedriges Niveau. Im Kapitalmarktbereich blieben die Zinsen unter leichten Schwankungen über das Jahr weitestgehend konstant.

Im Einzelnen erfolgte die Refinanzierung des Landes auf dem **Geld- und Kapitalmarkt** in 2009 unter folgenden Rahmenbedingungen:

- Ausgehend von 4,04% zu Jahresanfang schwankte der 10-jährige Zinssatz in der ersten Jahreshälfte nur leicht (Höchststand: 4,2% Ende Januar). Im zweiten Halbjahr sank der Zinssatz sukzessive und erreichte im Tief 3,54 % Anfang Oktober. Im **Durchschnitt** lag der **10-jährige Zinssatz** in 2009 bei **3,82%** (2008: 4,50%).
- Der Zinssatz für die **7-jährige Laufzeit**, die der Benchmark des Landes entspricht, betrug im **Jahresdurchschnitt 3,45%** und lag damit deutlich unter dem Vorjahreswert von 4,37%.
- Der Jahresbeginn war von starken Turbulenzen hinsichtlich der Kapitalbeschaffung und einer hohen Risikoaversion der Investoren geprägt. Der **Spread** für die Bundesländer – als emittentenbezogener **Zuschlag zur Swapkurve** als Referenz- stieg im Bereich der mittleren und langen Laufzeiten sprunghaft um etwa einen halben Prozentpunkt und erreichte Werte **zwischen 50 und 70 Basispunkten**. Auch die Zinsdifferenz zum Bund, der in Europa die Benchmark bildet, verdoppelte sich innerhalb kürzester Zeit. Die Verwerfungen hielten bis zur Jahresmitte an. Erst in der zweiten Jahreshälfte entspannten sich die Kapitalmarktbedingungen allmählich. Zum Jahresende lagen die Aufschläge für die mittleren und langen Laufzeiten bei 10 bis 15 Basispunkten.

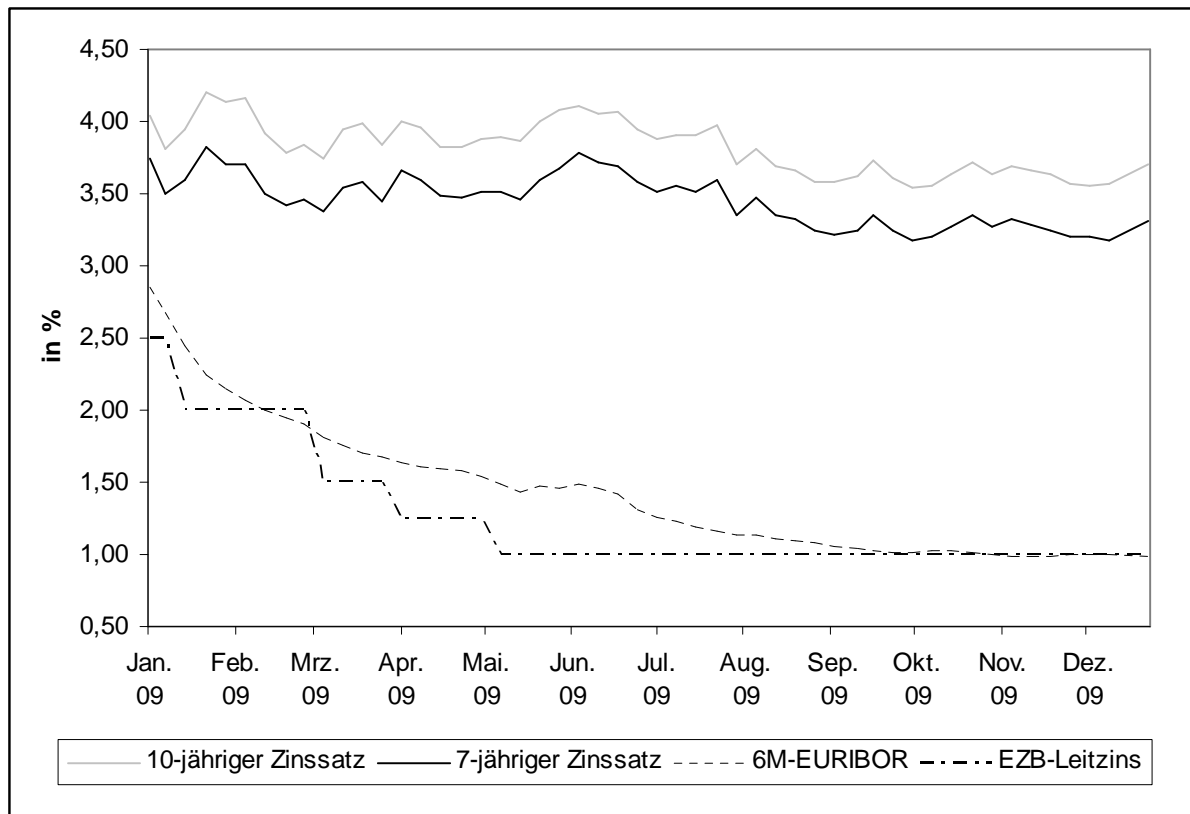


Abbildung 1: Zinsentwicklung am europäischen Geld- und Kapitalmarkt

- Die bereits in 2008 begonnenen Maßnahmen der EZB zur Stützung des Finanzsektors wurden in 2009 ausgeweitet. Der **Leitzins** wurde ausgehend von 2,50% zum Jahresanfang schrittweise gesenkt bis auf **1% im Mai**. Neben den Leitzinssenkungen ergriff die EZB weitere, unkonventionelle Maßnahmen (u.a. Verlängerung der Refinanzierungsgeschäfte bis auf 1 Jahr, Ausweitung der akzeptierten Sicherheiten, vollständige Zuteilung von Liquidität zu fixen Sätzen), um die Märkte mit Liquidität zu versorgen.
- Die **kurzfristigen Geldmarktzinsen** sanken in 2009 kontinuierlich. Der 6-Monatssatz betrug zu Anfang des Jahres 2,85% und erreichte im Laufe des Jahres seinen historischen Tiefstand bei 0,99%. Im Zuge der umfangreichen geldpolitischen Maßnahmen sank der 6-Monatssatz ab dem 4. Quartal unterhalb des Leitzinses (übliche Differenz plus 20-25 Basispunkte). Im Jahresdurchschnitt lag der 6-Monatssatz bei **1,44%** und damit deutlich unterhalb des Vorjahreswertes von 4,74%.

Die **Struktur der Zinskurve**, die die Grundlage für die Optimierung der Zinskosten bildet, veränderte sich entsprechend der allgemeinen Marktentwicklungen. Die Differenz zwischen dem langfristigen 10-Jahressatz und dem kurzfristigen 6-Monatssatz betrug zu Jahresanfang 120 Basispunkte. Im Laufe des Jahres nahm die Steilheit der Zinsstruktur aufgrund der extrem niedrigen Geldmarktsätze kontinuierlich zu und erreichte zum Jahresende den Höchststand von 270 Basispunkten. Im Durchschnitt lag die Differenz 2009 bei **240 Basispunkten** und damit etwa doppelt so hoch wie das langjährige Mittel.

2.2 Eckdaten der Kreditfinanzierung, Zinsprognose und strategische Planung

Eckdaten

Ausgangsbasis für die Kreditfinanzierung und die Optimierung der Zinsausgaben im Jahresverlauf sind der Finanzierungsbedarf der sich aus dem Gesamthaushalt ergibt und die Kostenstruktur der bestehenden Kredite und Finanzderivate. Zu Beginn des Jahres 2009 stellte sich die Situation wie folgt dar:

- Insgesamt umfasste der planmäßige Finanzierungsbedarf 3,7 Mrd. €, wobei 600 Mio. € auf die Neuverschuldung und 3,1 Mrd. € auf Anschlussfinanzierungen entfielen.
- Der Kreditbestand enthielt per 31.12.2008 91% festverzinsliche und 9% variabel verzinsliche Darlehen. Unter Berücksichtigung des Derivateinsatzes erhöhte sich der variable Anteil leicht auf 10% und der festverzinsliche verringerte sich dementsprechend auf 90%.
- Die durchschnittliche Restlaufzeit des gesamten Kreditbestandes betrug per 31.12.2008 6,1 Jahre. Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist, die neben der Laufzeit auch die Struktur der Verzinsung berücksichtigt, lag für die Gesamtverschuldung unter Berücksichtigung der Finanzderivate bei 4,5 Jahren.

Zinsprognose

Für das Kredit- und Zinsmanagement der öffentlichen Hand ist die Erstellung von Szenarien zur Zinsentwicklung (Zinsprognosen) eine wesentliche Grundlage. Zu Beginn eines jeden Jahres wird vom Finanzministerium auf der Basis der erwarteten Konjunktur- und Kapitalmarktentwicklung eine Zinsprognose für den Finanzplanungszeitraum erstellt. Im Jahresverlauf wird die Zinsprognose überprüft und bei nachhaltigen Änderungen der wirtschaftlichen Entwicklung überarbeitet.

Die Erstellung und Umsetzung einer fundierten Zinsprognose wird durch folgende Maßnahmen gewährleistet: Es wird jährlich im Finanzministerium ein so genanntes Eckdatengespräch mit den volkswirtschaftlichen Vertretern verschiedener Institutionen (IfW, HSH Nordbank, Bundesbank) zur Konjunktur- und Zinsentwicklung durchgeführt. Daneben wird zur Evaluierung der Fundamentalprognose und zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken mit wissenschaftlicher Betreuung ein standardisiertes Risiko-Zinsszenario eingesetzt (siehe Abschnitt 4.3.1). Auch dieses Verfahren wird im Jahresverlauf regelmäßig überprüft. Folgende Aspekte kennzeichneten die Zinsprognose des Finanzministeriums in 2009:

- Die Zinsprognose des Eckdatengesprächs vom Dezember 2008 wurde zunächst im Februar 2009 im Zuge der Entwicklung der Geldmarktzinsen aktualisiert und im kurzfristigen Bereich leicht gesenkt.
- Vor dem Hintergrund der beispiellos expansiven Maßnahmen der Notenbanken und des damit verbundenen Inflationspotenzials wurde die Prognose im Juni über alle Laufzeiten leicht erhöht.
- Die historisch niedrigen Geldmarktsätze sowie die weltweit ungünstigen konjunkturellen Perspektiven erforderten eine Anpassung der Prognose im Oktober 2009. Dabei wurden die kurzfristigen Zinssätze deutlich und die Kapitalmarktsätze leicht gesenkt.

Strategische Eckpunkte

Auf Basis der Eckdaten des Schuldenbestandes und der Erwartungen zur Wirtschafts- und Zinsentwicklung erfolgt die strategische Planung der Finanzierung. Für das Jahr 2009 sind folgende Merkmale der Finanzierungsstrategie hervorzuheben:

- Mit Blick auf die Investorennachfrage wurde auch für 2009 der Schwerpunkt im Bereich der Wertpapiere mit kurzer und mittlerer Laufzeit gesehen.
- Ausgehend vom relativ günstigen Zinsniveau und der Erwartung mittelfristig steigender Zinsen wurde eine Zinsbindung in Richtung des Referenz-Portfolios auf 7 Jahre angestrebt. Weiterhin sollte die bestehende, längerfristige Verzinsungsstruktur mit dem hohen Festzinsanteil von fast 90 % im Kern beibehalten werden.
- Die Feinsteuerung der Zinsänderungsrisiken, insbesondere die Entzerrung der Klumpenrisiken aus den Wertpapieremissionen und die zielgerichtete Gestaltung der Zinskostenstruktur, sollten durch den ergänzenden Einsatz der Finanzderivate erfolgen. Zusätzlich sollten Finanzderivate in freundlichen Marktphasen zur vorbeugenden Sicherung der Zinsänderungsrisiken aus zukünftigen Anschlussfinanzierungen genutzt werden.

3 Geschäftsabschlüsse 2009: Volumen und Struktur

3.1 Kredite

3.1.1 Ermächtigungen und Abschlüsse Kredite

Zur Deckung des Finanzbedarfs wurde der im Haushalt 2009 veranschlagte Kreditermächtigungsrahmen wie folgt in Anspruch genommen:

Ermächtigung	Soll 2009 (in Mio. €)	Ist 2009 (in Mio. €)
Nettokreditaufnahme	632,6	632,6
Konjunkturell bedingte Nettokreditaufnahme	491,4	349,5
Einnahmerest aus dem Vorjahr	40,0	0
Summe Neuverschuldung	1.164,0	982,1
Anschlusskredite für fällige Altschulden gem. §2(1) HG 2009/10	2.646,8	2.644,5*
Anschlussfinanzierung aus der Schuldübernahme der GVB	494,0	494,0
Anschlusskredite für außerplanmäßig fällige Schulden gem. § 18 Abs.5 LHO (Umschuldungen)	170,0**	170,0
Finanzierungen im Rahmen der Marktpflege gem. § 18 Abs. 5 LHO	36,8**	36,8
Bruttokreditaufnahme (insgesamt)	4.511,6	4.327,4
Bruttokreditaufnahme***		4.120,6

* 2,3 Mio. € als Mindereinnahme nachgewiesen, geringere Tilgung als veranschlagt

** Ermächtigung besteht in Höhe der tatsächlich beanspruchten Beträge zur Deckung von Umschuldungen bzw. von An- und Verkäufen im Rahmen der Marktpflege

*** ohne Umschuldungen und An- und Verkäufe im Rahmen der Marktpflege

Abbildung 2: Ermächtigung und Abschlüsse Kredite 2009

Der im Haushalt 2009 vorgesehene Kreditermächtigungsrahmen (Soll 2009) in Höhe von 4.511,6 Mio. € ist um 184,2 Mio. € unterschritten worden. 2,3 Mio. € wurden als Mindereinnahme ausgewiesen, 141,9 Mio. € sind als Einnahmerest gebildet und in das Haushaltsjahr 2010 übertragen worden. Der Einnahmerest aus dem Haushaltsjahr 2008 i.H.v. 40 Mio. € wurde 2009 nicht beansprucht und in Abgang gestellt.

Im Hinblick auf die Abstimmung der Liquiditätsbeschaffung mit dem jeweiligen Haushaltsabschluss sind

- von den im Haushaltsjahr 2009 eingegangenen Einnahmen aus Krediten im Rahmen des Jahresabschlusses 380,5 Mio. € zu Gunsten des Haushaltsjahres 2008,
- von den im Haushaltsjahr 2010 eingegangenen Einnahmen aus Krediten im Rahmen des Jahresabschlusses 414,1 Mio. € zu Gunsten des Haushaltsjahres 2009 umgebucht worden.

Für die nachfolgende Darstellung der Abschlussstruktur wird das im Kalenderjahr am Kreditmarkt finanzierte Volumen in Höhe von **4,3 Mrd. €** (d.h. ohne Berücksichtigung der Umbuchungen zum Ausgleich zwischen den Haushaltsjahren und der Marktpflege) zugrunde gelegt.

3.1.2. Laufzeit- und Zinsbindungsstruktur

Vom Finanzierungsvolumen über insgesamt rd. 4,3 Mrd. € entfielen

- **rd. 2,7 Mrd. € oder 63% (Vorjahr: 68%) auf Festzinsdarlehen,**
- **rd. 1,6 Mrd. € oder 37% (Vorjahr: 32%) auf variabel verzinsliche Darlehen.**

Die mit den Nominalvolumina gewichtete **Durchschnittsrendite der Festzinsdarlehen** betrug **3,07%** und lag entsprechend der allgemeinen Zinsentwicklung deutlich unterhalb des Vorjahres (4,38%). Die **Durchschnittslaufzeit von 6,3 Jahren** bewegte sich leicht oberhalb des Vorjahresniveaus (2008: 6,1 Jahre).

Auch in 2009 ist ein großer Teil der originären Zinsverpflichtungen nachträglich durch ergänzende Finanzderivate gezielt umstrukturiert worden. Tragfähige Aussagen zum Kosten- und Risikoprofil der Verschuldung sind deshalb nur im Zusammenhang möglich. Das entsprechende Gesamtergebnis aus Krediten und Derivaten ist unter Ziffer 3.3 dargestellt.

3.1.3. Kreditarten und Gläubiger

Von den Gesamtabschlüssen im Kreditbereich entfielen

- **72,5% auf Wertpapieremissionen,**
- **27,5% auf Schuldscheindarlehen.**

Die Form der Finanzierung ist stark von der Nachfrage der unterschiedlichen Investorengruppen geprägt und deutlichen Schwankungen unterworfen. Bereits seit 2006 ist der Anteil der Schuldscheindarlehen –als traditionelles Finanzierungsinstrument früherer Jahre– rückläufig.

Jahr	Wertpapieranteil
2002	74,2%
2003	50,4%
2004	37,1%
2005	26,7%
2006	32,5%
2007	57,9%
2008	78,6%
2009	72,5%

Mit Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007 hat sich die Trendwende in Richtung Wertpapiernachfrage deutlich verstärkt. Landesschatzanweisungen haben als Finanzierungsinstrument stark an Bedeutung gewonnen, da die Anleger aus Vorsichtsgründen insbesondere in staatliche Emittenten („safe haven“) investieren und die höhere Fungibilität der Wertpapiere schätzen. Allerdings können die Papiere des Bundes aufgrund des Benchmarkstatus in Europa vergleichsweise stärker von dieser Entwicklung profitieren.

Die **Wertpapieremissionen** des Landes in 2009 von **rd. 3,14 Mrd. €** teilen sich auf in:

- 12 Euro-Emissionen des Landes SH
(einschließlich Verkäufen aus Eigenbestand) rd. 2.633 Mio. €
- eine Fremdwährungsemission (50 Mio. CHF) rd. 33 Mio. €
- 2 Gemeinschaftsemissionen mit weiteren Ländern
(BB, HB, HH, MV, RP, SL, SH) 470 Mio. €

Die Begebung eigener Emissionen wurde in 2009 weiter verstärkt und bildete den zentralen Finanzierungsschwerpunkt. So wurden insgesamt 13 Schatzanweisungen des Landes Schleswig-Holstein am Kapitalmarkt platziert, darunter zwei Papiere im Benchmark-Format (600 Mio. € und 1 Mrd. €) und eine Fremdwährungsemission (50 Mio. CHF). Die Emissionen wurden nach der Markterkundung gezielt auf die Investorenbedürfnisse ausgerichtet und konnten mit entsprechender Marktakzeptanz zu günstigen Konditionen platziert werden.

Hervorzuheben ist insbesondere die zweijährige Jumbo-Emission (1 Mrd. €) als bislang größte Anleihe des Landes, die in der sehr turbulenten Phase zum Jahresbeginn und im Zeitfenster gezielt vor den Kapitalmaßnahmen für die „HSH-Finanzfonds AöR“ (siehe unten) erfolgreich platziert werden konnte.

Ein weiterer Teil der Wertpapiere wurde in Form der bewährten Gemeinschaftsemissionen („Länder-Jumbos“) der kleineren bis mittelgroßen Bundesländer begeben. Die bereits langjährige Strategie hat sich mittlerweile am Markt etabliert. Alle bisher durch die Agentur Fitch-Ratings bewerteten Länder-Jumbos erhielten jeweils die Bestnote „AAA“. Die durch die Ländergemeinschaft realisierten Zinskonditionen sind im Vergleich zu am Markt begebenen Wertpapieremissionen anderer Bundesländer regelmäßig sehr günstig. Im Krisenjahr 2009 wurden die Begebungsverfahren jeweils marktbedingt modifiziert. Bei beiden Jumbos hatte Schleswig-Holstein die Federführung.

Neben der originären Finanzierung des Landeshaushalts war das Referat für Kredit- und Zinsmanagement in 2009 mit der Umsetzung der oben bereits erwähnten Kapitalmaßnahmen über insgesamt 3 Mrd. € für den „HSH-Finanzfonds AöR“ betraut. Die Organisation des Kapitalmarktauftritts erfolgte in einem krisenbedingt schwierigen Marktumfeld unter erheblichem Zeitdruck, da für die Etablierung des neuen Vehikels am Kapitalmarkt und die Beschaffung der notwendigen Mittel nur knapp zwei Monate zur Verfügung standen. Die spezifische Finanzierung konnte erfolgreich und ohne Auswirkungen auf die beteiligten Länder umgesetzt werden.

3.1.4 Zeitliche Deckung des Kreditbedarfs

Die Entscheidung über die zeitliche Verteilung der Kreditaufnahme im Jahresverlauf hängt im Kern ab vom Liquiditätsbedarf in den einzelnen Monaten und der Einschätzung der mittelfristigen Entwicklung der Kapitalmarktzinsen. Es wird angestrebt, die Darlehen möglichst in günstigen Kapitalmarktphasen aufzunehmen und damit die Zinsausgaben zu optimieren. Eine Überbrückung der kurzfristigen Liquiditätsspitzen erfolgt durch die Anlage bzw. Finanzierung am Geldmarkt im Rahmen der Ermächtigung für Kassenkredite. Die Festlegung der Parameter der Kreditfinanzierung -hierzu zählt auch der Abschlusszeitpunkt- erfolgt stets unter Unsicherheit, da sowohl der Bedarf als auch die Kapitalmarktzinsen von den prognostizierten Werten abweichen können.

Zu Beginn des Jahres wird vom Finanzministerium auf Basis des aktuellen Haushaltssolls eine Liquiditätsplanung erstellt. Die Verteilung auf die Monate erfolgt gemäß der Ist-Daten der Einnahmen und Ausgaben der Vorjahre. Im Laufe des Vollzuges wird der Liquiditätsbedarf unter Hinzuziehung aktueller Informationen stetig überarbeitet und konkretisiert. Für eine gezielte Planung der Kreditfinanzierung ist regelmäßig ein Vorlauf von mehreren Monaten erforderlich.

Das Jahr 2009 war geprägt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise. Mangelndes Vertrauen unter den Banken führte zu Engpässen im Geldmarkt, die nur durch die Maßnahmen der Notenbanken behoben werden konnten. Auch der Kapitalmarkt war von den beschriebenen Verwerfungen gekennzeichnet. Vor dem Hintergrund der Marktsituation hatte die frühzeitige Eindeckung zur Sicherstellung der Liquidität für das Land Schleswig-Holstein allerhöchste Priorität. Darüber hinaus waren für die zeitliche Eindeckung in 2009 folgende Aspekte von Bedeutung:

- uneinheitlicher Bedarf im Jahresverlauf aufgrund des Fälligkeitsprofils mit den Höhepunkten im Februar bzw. Oktober und November;
- erhöhte Planungsunsicherheit bezüglich der problematischen Entwicklung der Steuereinnahmen, Schleswig Holstein musste unerwartet hohe Beträge im Umsatzsteuer-ausgleich zahlen;
- starke Schwankungen der Spreads (emittentenbezogene Aufschläge zur Swapkurve als Referenz) für die Bundesländer, starke Ausweitung in der ersten Jahreshälfte;

- deutliche Investorenpräferenz im Bereich kurz laufender Wertpapieremissionen;
- zusätzliche Eindeckung des Finanzierungsbedarfs für den „HSH Finanzfonds AöR“ in Höhe von 3 Mrd. € Mitte des Jahres. Die zusätzliche Kapitalbeschaffung im schwierigen Marktumfeld bedeutete eine Belastung für die Finanzierungssituation der beiden Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Um die wirtschaftlichen Risiken zu begrenzen, wurden die Finanzierungen des Landes zeitlich vorgezogen. Negative Auswirkungen konnten so weitgehend vermieden werden.

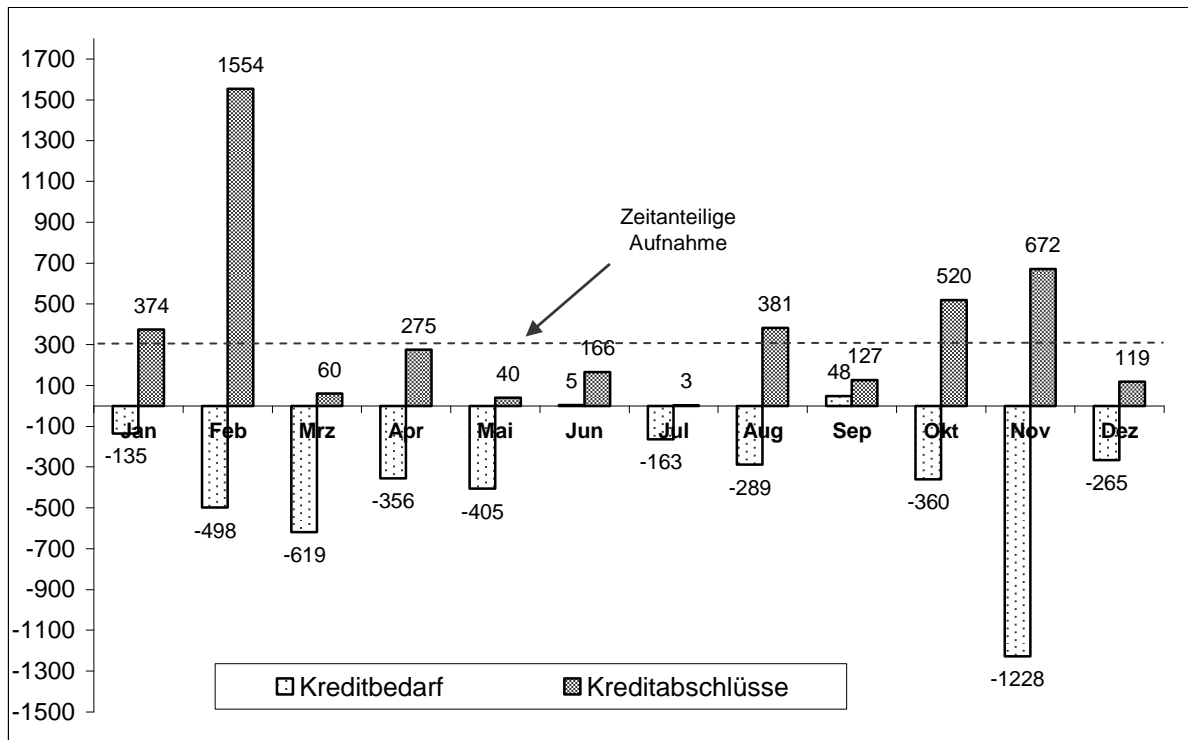


Abbildung 3: Kreditbedarf und Kreditabschlüsse in den Monaten des Jahres 2009

In der Grafik werden der Kreditbedarf entsprechend der ursprünglichen Liquiditätsplanung zu Beginn des Jahres und die getätigten Kreditabschlüsse einander gegenüber gestellt. Der tatsächliche Bedarf hängt im Wesentlichen von den -vor allem im Krisenzeiten- schwer schätzbaren Steuereinnahmen ab.

In der Übersicht wird deutlich, dass die **Finanzierungen grundsätzlich am geplanten Bedarf orientiert** vorgenommen worden sind. Mit Blick auf die Kapitalmarkturbulenzen und die außerordentliche Finanzierung für den „HSH Finanzfonds AöR“ wurde für das Land **gezielt** mit zeitlichem Vorlauf **im Februar** eine großvolumige Wertpapierfinanzierung im Jumbo-Format (1 Mrd. €) **erfolgreich** platziert. Aufgrund der schwierigen Marktlage erfolgte auch die weitere Eindeckung mit zeitlichem Vorlauf. Überschüssige Mittel wurden am Geldmarkt bis zu drei Monaten Laufzeit angelegt, um einen möglichst hohen Zinsertrag zu erzielen. Die Kosten der vorzeitigen Finanzierung konnten so teilweise kompensiert werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass auch im Krisenjahr 2009 die Liquidität des Landes zu jeder Zeit gewährleistet war. Der Kassenkredit wurde aufgrund der geschilderten Zusammenhänge nur im Juni und Dezember punktuell bzw. in geringer Höhe in Anspruch genommen. Durch das Kredit- und Zinsmanagement konnten zum einen die Auswirkungen der Kapitalmarkturbulenzen weitgehend umgangen, zum anderen die günstigen Phasen zur mittelfristigen Reduzierung der Zinsbelastung genutzt werden.

3.2 Finanzderivate

Das Land Schleswig-Holstein setzt im Rahmen der Kreditfinanzierung seit 1992 Finanzderivate mit dem Ziel ein, die Kreditkonditionen zu optimieren und Zinsänderungsrisiken zu begrenzen.

Finanzderivate erweitern die Gestaltungsmöglichkeiten des Kredit- und Zinsmanagements dadurch, dass die vereinbarten Zinsverpflichtungen aus der laufenden Kreditaufnahme und den bestehenden Altschulden auch nachträglich wirtschaftlich geändert werden können. Darüber hinaus kann bereits im Voraus die Verzinsung zukünftiger Anschlussfinanzierungen gesichert werden. Insgesamt lässt sich durch den Einsatz von Finanzderivaten die Zinsbelastung aus den Kreditmarktschulden flexibel an die Marktentwicklung anpassen und optimieren.

3.2.1 Ermächtigungen und Abschlüsse

Mit der Einführung der Outputorientierten Budgetierung und des Portfolioverfahrens zur Ergebnis-Risiko-Steuerung der Zinsausgaben (PERZ SH) im Jahr 2002 wurden die gesetzlichen Ermächtigungen zum Einsatz von Finanzderivaten überarbeitet.

Zum einen werden seitdem die Finanzderivate in die vom Parlament vorgegebene Obergrenze für das Zinsänderungsrisiko im jeweiligen Haushalt einbezogen. Durch den unmittelbaren Bezug auf die Schwankungsbreite der veranschlagten Zinsausgaben ist eine zielgenaue Steuerung der Zinsänderungsrisiken möglich (Abschnitt 4.3.1).

Zum anderen begrenzt die Ermächtigung in §18 (7) LHO den Gesamtbestand an Finanzderivaten. Dieser darf insgesamt den Gesamtschuldenstand am Ende des vorangegangenen Haushaltsjahres nicht übersteigen.

		(Mio. €)
Schuldenstand per Ende 2008 / Ermächtigung für 2009		<u>23.132,9</u>
Inanspruchnahme der Ermächtigung:		
Bestand per 31.12.08	16.393,9	
Fälligkeiten in 2009	- 1.975,0	
Neugeschäfte (inkl. Nominalwerterhöhungen bestehender amortisierender Strukturen i.H.v. 16,6)	+ 3.242,6	
Zinsswaps zur Währungssicherung	+ 166,7	
Bestand per 31.12.09		<u>17.828,2</u>

Abbildung 4: Ermächtigungsrahmen und Bestandsentwicklung Derivate in 2009

In der Abbildung 4 ist der Ermächtigungsrahmen für den zulässigen Derivatbestand dargestellt. Neben den Neugeschäften sind die Nominalwerterhöhungen aus bestehenden Geschäften und die Zinsswaps zur Währungssicherung einzubeziehen.

Die haushaltsgesetzliche Ermächtigung gem. §18 (7) LHO wurde im gesamten Jahr 2009 eingehalten. Die Inanspruchnahme der Ermächtigung betrug zum Jahresende 2009 rd. 76%.

3.2.2 Abschlussstruktur und Zielsetzungen

Im **Jahr 2009** wurden **Finanzderivate** mit einem Volumen von insgesamt **3.259 Mio. €** abgeschlossen. In der nachfolgenden Abbildung 5 sind die **Abschlussvolumina**, aufgeteilt

nach Derivatarten und nach den beiden haushaltsgesetzlichen Zielsetzungen „**Begrenzung von Zinsänderungsrisiken**“ und „**Optimierung der Kreditkonditionen**“, dargestellt:

	2009		2008
	in Mio. €		
Abschlussvolumen insgesamt	3.259		2.763
davon			
• Zinsswaps (unbedingte Zinsverpflichtungen)	2.826 (87%)		2.380 (86%)
• Zinsswaps zur Währungssicherung	33 (1%)		133 (5%)
• Zinsoptionen (bedingte Zinsverpflichtungen)	400 (12%)		250 (9%)
Die abgeschlossenen Geschäfte teilen sich bezüglich der Zielsetzung auf in			
• Optimierung der Kreditkonditionen (Swaps in variabel, Verkauf von Zinsoptionen)	1.199 (37%)		1.113 (40%)
• Begrenzung von Zinsänderungsrisiken (Swaps in fest, Kauf von Zinsoptionen)	2.060 (63%)		1.650 (60%)

Abbildung 5: Aufteilung Abschlussvolumen Finanzderivate

In 2009 wurde nach 2005 und 2007 das dritthöchste Volumen abgeschlossen. Das durchschnittliche Abschlussvolumen der letzten 10 Jahre liegt bei 2,6 Mrd. €. Wie bereits in 2008 - und im Unterschied zu den Vorjahre - wurde mit über 60% ein hoher Anteil der Finanzderivate mit dem Ziel der Begrenzung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen.

Auf Basis der Wertpapieremissionen mit kurzer Zinsbindung wurde der überwiegende Teil der Finanzderivate zur Feinsteuerung der vom Land angestrebten Zinsbindungs- bzw. Kostenstruktur und zur Entzerrung der Klumpenrisiken eingesetzt. So wurden beispielsweise allein mit Bezug auf die zweijährige Jumbo-Emission Finanzderivate über insgesamt 1,3 Mrd. € abgeschlossen, um die Zinsänderungsrisiken unter Nutzung der Marktschwankungen zu reduzieren und die Zinsbindung auf rd. 6 Jahre zu verlängern.

Einen weiteren Schwerpunkt beim Derivateinsatz bildeten Zinsswaps über insgesamt 580 Mio. €, die im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit strukturierten Kreditgeschäften stehen. Der Derivatpartner übernimmt hier die Verzinsungsstruktur des Darlehens, und das Land zahlt eine konventionelle variable Verzinsung mit verbesserten Konditionen. In diese Kategorie fällt auch der Zinsswap zur Währungssicherung auf Basis des Fremdwährungsdarlehens.

Schließlich wurden Finanzderivate insbesondere in den zinsgünstigen Phasen der zweiten Jahreshälfte 2009 zur vorzeitigen Absicherung zukünftiger Zinsänderungsrisiken aus Anschlussfinanzierungen abgeschlossen.

Die **Entwicklung des Gesamtbestandes** und der **Abschlussvolumina für die Derivatarten im Zeitraum 2000 - 2009** sind in den nachfolgenden Abbildungen dargestellt.

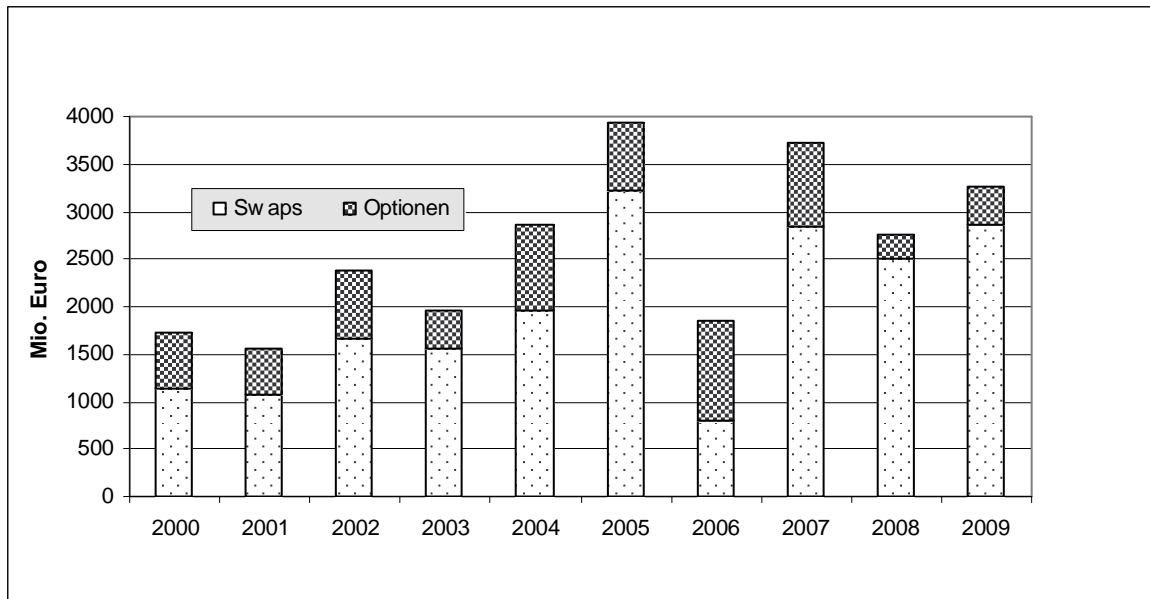


Abbildung 6: Entwicklung Abschlussvolumen Zinsderivate 2000-2009

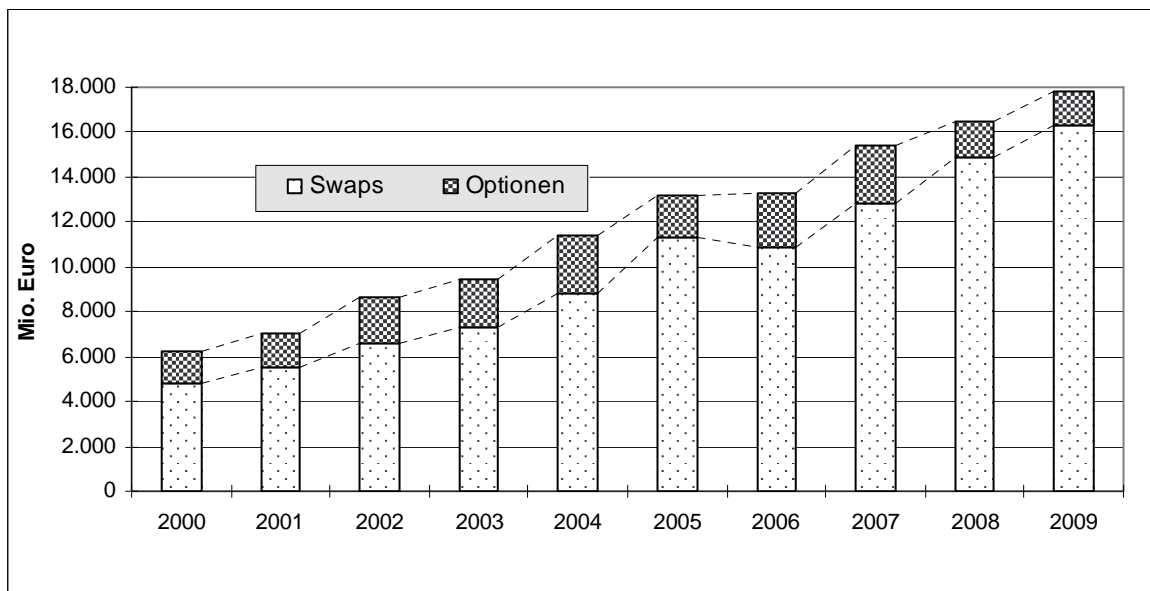


Abbildung 7: Vertragsbestand Zinsderivate per Stichtag 31.12.

3.2.3 Vorzeitige Auflösung von Finanzderivaten und Umstrukturierungen

Mit Bezug auf die Voten zu den Bemerkungen 2000 des LRH mit Bericht zur Haushaltsrechnung (Drucksache 15/436) stellt das Finanzministerium im Jahresbericht an den Finanzausschuss die Höhe der vorzeitig aufgelösten Derivatgeschäfte und die zeitliche Verteilung der Einnahmen auf die einzelnen Haushaltsjahre gesondert dar.

In 2009 wurde lediglich ein Derivatabschluss im Zusammenhang mit der gleichzeitigen Umschuldung eines entsprechenden Darlehens vorzeitig aufgelöst. Die Auflösung erfolgte auf Initiative des Investors. Mit der Auflösung war keine Ausgleichszahlung verbunden. Das Land trägt in dem neuen Darlehen günstigere Konditionen.

3.3 Zinsbindungs- und Kostenstruktur der Kredite und Finanzderivate

Eine Gesamtbeurteilung der Zinsbindungsstruktur unter Ergebnis-Risiko-Gesichtspunkten ist nur im Zusammenhang von Krediten und Finanzderivaten sinnvoll und aussagekräftig.

Mit Bezug auf das **gesamte Finanzierungsvolumen des Jahres 2009 über rd. 4,3 Mrd. €** verändert sich die Zinsbindungs- bzw. Kostenstruktur wie folgt:

- deutlich höherer Anteil der festen Verzinsung von 83% (ohne Finanzderivate 63%),
- leichte Verkürzung der Festsatzbindung auf 6,0 Jahre (ohne Finanzderivate 6,3 Jahre),
- höhere Festsatzverzinsung von 3,33% (ohne Finanzderivate 3,07%).

In 2009 sind im Vergleich zum Vorjahr sowohl der festverzinsliche Anteil an den Finanzierungen als auch die entsprechende Zinsbindung in etwa konstant geblieben (2008: 80% bzw. 6,6 Jahre). Stark gesunken ist die **Festsatzverzinsung auf im Durchschnitt 3,33%** (2008: 4,27%).

Vor dem Hintergrund der Niedrigzinsphase und der Erwartung zukünftig steigender Zinsen wird auch deutlich, dass mittels Derivateinsatz bewusst auf kurzfristige Kostenvorteile zugunsten einer Reduzierung der zukünftigen Risiken verzichtet worden ist. Immerhin betrug die Differenz zwischen dem Zinssatz für variable und festverzinsliche Verpflichtungen im Jahresdurchschnitt über 200 Basispunkte. Variable Verpflichtungen wurden vorwiegend im mittleren Laufzeitsegment von 5-6 Jahren gesichert.

Unter Bezugnahme auf die zu Beginn des Jahres geplanten, strategischen Eckdaten für die Laufzeit- und Zinsbindungsstruktur 2009 (Abschnitt 2.2) sind in der Zusammenfassung folgende Aspekte des Kredit- und Zinsmanagements hervorzuheben:

- Die **Grundstruktur der Planung**, d.h. die Eckwerte für die fest- und variabel verzinslichen Anteile am Finanzierungsvolumen, wurde mit Blick auf die sehr günstige Zinsentwicklung und die mittelfristig gestiegenen Zinsänderungsrisiken zugunsten eines **höheren Festzinsanteils** revidiert.
- Die ursprünglich geplante **Zinsbindung** von 7 Jahren (Referenz-Portfolio 7,1 Jahre) wurde vor dem Hintergrund der Marktverwerfungen der Finanzkrise und des eingeschränkten Finanzierungsspektrums **mit 6,0 Jahren** wie bereits im Vorjahr **leicht unterschritten**.
- Der **Einsatz der Finanzderivate** zur Ergebnis-Risiko-Steuerung der Zinsausgaben hat zugenommen. Auf Basis der Finanzierung in Form großvolumiger Wertpapieremissionen spielt der Derivateinsatz, insbesondere bezüglich der Steuerung und Begrenzung der Zinsänderungsrisiken, eine **zentrale Rolle**.

4 Ergebnisse und Risiken

Im Rahmen des Portfoliokonzepts zur Ergebnis-Risiko-Steuerung der Zinsausgaben werden Ergebnisse in zweifacher Hinsicht definiert. Es wird unterschieden zwischen haushaltsmäßigen und wirtschaftlichen Ergebnissen. Die haushaltsmäßigen Ergebnisse werden auf Grundlage der im Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagten Zinsausgaben gesteuert. Die wirtschaftlichen Ergebnisse werden im Rahmen der Outputorientierten Budgetierung für den Aufgabenbereich mit Bezug auf zwei Kostenträger (Kredite und Finanzderivate, Schulden- und Derivatverwaltung) ermittelt und in den „Zusätzlichen Erläuterungen zum Kapitel 1116“ dargestellt. Die im Rahmen des Kredit- und Zinsmanagements zu berücksichtigenden Risiken sind in Anlehnung an die Richtlinien der Bankenaufsicht (Basel II) im letzten Abschnitt 4.3 beschrieben.

Grundsätzlich ist das Kredit- und Zinsmanagement im Haushaltsvollzug von der dynamischen Konjunktur und Kapitalmarktentwicklung geprägt. Bei der Würdigung der ausgewiese-

nen Ergebnisse und der Risiken ist zu berücksichtigen, dass die Erstellung der planerischen Grundlagen, insbesondere im Falle eines Doppelhaushaltes, mit deutlichem zeitlichen Vorlauf und unter entsprechend hoher Unsicherheit erfolgt. Die Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Zahlen können deshalb mitunter beträchtliche Größenordnungen annehmen.

4.1 Haushaltmäßiges Ergebnis

Die haushaltmäßigen Zinsausgaben in 2009 betrugen 950,4 Mio. € und unterschritten damit das Haushalts-Soll gemäß des 2. Nachtrages von 1015,2 Mio. € um 64,8 Mio. €. Ursächlich für die Einsparung waren die gezielten Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements im Vollzug sowie die günstige Zinsentwicklung vor allem im Geldmarktbereich. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Zinsausgaben leicht um 19,5 Mio. € (2008: 930,9 Mio. €). Die Mehrausgaben von rd. 50 Mio. €, die sich aus der Neuverschuldung in 2008 und den Zinsbelastungen aus den GVB-Schulden ergaben, konnten somit weitestgehend kompensiert werden.

4.2 Wirtschaftliches Ergebnis

Die wirtschaftlichen Ergebnisse werden im Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ für die beiden Kostenträger wie folgt ermittelt:

Im Bereich des **Kostenträgers I (Kredite und Finanzderivate)** werden dabei die im Haushalt veranschlagten Zinsausgaben aus dem Gesamtbestand an Krediten und Finanzderivaten unter Ergebnis-Risiko-Abwägungen im Vergleich zu einem vorgegebenen Referenz-Portfolio als Benchmark gesteuert. Ziel ist dabei die Optimierung der Zinsausgaben über einen längerfristigen Planungszeitraum unter Berücksichtigung künftiger Zinsänderungsrisiken. Zur Steuerung der Ergebnisse und Risiken wird das Portfolio-Verfahren PERZ-SH eingesetzt.

Im Bereich des **Kostenträgers II (Schulden- und Derivatverwaltung)** werden die Ergebnisse anhand von Fallzahlen für die wichtigsten Aufgabenbereiche ermittelt. Ziel ist hierbei eine kostengünstige Verwaltung des Schulden- und Derivatbestandes, eine termingerechte Abwicklung des Schuldendienstes und eine Begrenzung von Betriebs- und Abwicklungsrisiken.

4.2.1 Wirtschaftliche Ergebnisse im Bereich Kredite und Finanzderivate (Kostenträger I „Kredite und Finanzderivate“)

Die Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio beziehen sich auf die am Kapitalmarkt finanzierten Kredite und Finanzderivate (Maßnahmegruppe 01 im Kap. 1116). Rücklagenbewegungen bleiben, soweit sie nicht der periodengerechten Abgrenzung der Zinsbestandteile dienen, unberücksichtigt. Die Ergebnisse bringen den Erfolgsbeitrag des Kredit- und Zinsmanagements des Landes zum Ausdruck. Bei einem passiven Kredit- und Zinsmanagement entsprechend dem Referenz-Portfolio (insbesondere zeitlich gleich verteilte, konstante Laufzeitstruktur, kein Derivateinsatz) wären Zinsmehrausgaben in der genannten Höhe angefallen.

	Soll 2009	Ist 2009
Zinsausgaben Referenz-Portfolio in Mio. €	1046,29	997,55
Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio in Mio. € (Kapitel 1116, Maßnahmegruppe 01)	1018,69	945,66
Wirtschaftliches Ergebnis 2009	27,60	51,89

Abbildung 8: Wirtschaftliches Ergebnis 2009

In 2009 wurde ein positives wirtschaftliches Ergebnis in Höhe von 51,89 Mio. € erzielt. Sowohl die ursprüngliche Planzahl von 27,6 Mio. € als auch das Vorjahresergebnis von 32,72

Mio. € wurden übertroffen. Diese positive Entwicklung ist vor allem auf das stark rückläufige Zinsniveau seit Kalkulation des Doppelhaushaltes im Herbst 2008 und das entsprechend ausgerichtete Kredit- und Zinsmanagement zurückzuführen. Mit der Versteilung der Zinsstruktur wuchs auch das Optimierungspotenzial. Insbesondere im Geldmarktbereich sank das Zinsniveau für die 6-monatige Laufzeit (die variablen Verpflichtungen des Landes werden hauptsächlich auf 6-Monatsbasis verzinst) über 150 Basispunkte im ersten Halbjahr. Im Laufe des zweiten Halbjahres wurden die niedrigen Geldmarktsätze zinswirksam. Im Kern profitiert das Land mit jeweils ein- bis zweijährigem Vorlauf von der Geldmarktverzinsung und wechselt danach in die risikoärmere Festsatzposition.

4.2.2 Wirtschaftliche Ergebnisse im Bereich Schulden- und Derivatverwaltung (Kostenträger II „Abwicklung Schulden und Finanzderivate“)

Die Ergebnisse für den Bereich der Schulden- und Derivatverwaltung werden mengenmäßig anhand von Fallzahlen für wichtige Leistungen quantifiziert:

in Fallzahlen	Soll 2009	Ist 2009
Anzahl der Konten per 31.12.	1.214	980
Anzahl der zahlungsrelevanten Vorgänge	3.410	2.480
Anzahl der Auswertungen/Berichte	495	480

Abbildung 9: Fallzahlen der Schulden- und Derivatverwaltung

Die mengenmäßigen Leistungen werden im Bereich der Kontenführung - als wesentlichen Leistungsindikator für die Schulden- und Derivatverwaltung - durch Aussagen zum Schwierigkeitsgrad der Aufgaben wie folgt ergänzt:

- Die Grundlage für die Leistungsermittlung bildet die **Bewegungsgrößen im Kernbereich der Kontoführung**. Dabei werden Abschlüsse, Abtretungen und Abgänge berücksichtigt. Die Bestandsgrößen für die Kontenanzahl per 31.12.2009 werden ergänzend nachrichtlich ausgewiesen.
- Die Abwicklung erfordert in Abhängigkeit von der Geschäftsart verschiedenartige, qualitative Leistungen. Zur Darstellung der Leistung wird eine **Gewichtung** verwendet. Maßstab ist der Abschluss bzw. die Abtretung eines Festsatzkredites mit einem Gewicht von 1. Aufgrund der Komplexität der Verzinsung beträgt das Gewicht für nicht-festverzinsliche Kredite und für Zinsswaps 1,5, für Zinsoptionen 2. Abgänge werden einheitlich mit einem Gewicht von 0,2 berücksichtigt.

	Gew.	Soll 2009		Ist 2009		Kontenbestand nachrichtlich
		Anz.	Leist.	Anz.	Leist.	31.12.2009
Abschlüsse/Abtretungen						
SSD fest (inkl. Abtretungen)	1,0	150	150	226	226	727
strukt./var. Darlehen/WP**	1,5	29	43,5	32	48	109
Swaps	1,5	55	83	50	75	351
Optionen	2,0	20	40	10	10	27
Σ Abschlüsse (inkl. Abtretungen)		254	316,5	318	369	1.214
Σ Abgänge (Kredite/Derivate)	0,2	72	14	96	19,2	
Σ Gesamt		326	330,5	414	388,2	1.214

Abbildung 10: Leistung und Anzahl der Abschlüsse/Abtretungen gewichtet nach Schwierigkeitsgrad

In den Gegenüberstellungen der Soll- und Ist-Zahlen kommt zum Ausdruck, dass

- die wichtigen Leistungen bezüglich der Quantität vor allem aufgrund der krisenbedingten Marktgegebenheiten, insbesondere die Finanzierung in Form großvolumiger Einzelemissionen, zwar weiter gefallen sind und die Planzahlen deutlich unterschreiten,
- die Leistungen im Kernbereich der Kontoführung unter Berücksichtigung der Komplexität und der Qualität jedoch sowohl die Plan- als auch die Vorjahresgrößen deutlich überschreiten. So ist der qualitative Leistungsindikator im Vergleich zum Vorjahr um knapp 40% gestiegen.

4.3 Entwicklung der Risiken

Das Finanzministerium orientiert sich bei der Steuerung der Risiken des Kredit- und Zinsmanagements grundsätzlich an den Regelungen der Bankenaufsicht (Basel II). Danach werden die drei wesentlichen Risikokategorien unterschieden:

- Zinsänderungsrisiken,
- Kreditrisiken aus Finanzderivaten,
- Operationelle Risiken.

Unter Berücksichtigung der besonderen Zielsetzung der öffentlichen Hand werden im Finanzministerium Verfahren zur Steuerung und Begrenzung der Risikokategorien eingesetzt.

4.3.1 Zinsänderungsrisiken, Limite

Die Zinsänderungsrisiken sind die zentrale Risikokategorie des Kredit- und Zinsmanagements. Dementsprechend legt das Finanzministerium besonderen Wert auf die gezielte Steuerung und Begrenzung sowie den Einsatz der entsprechenden Verfahren.

Zinsänderungsrisiken bestehen, weil die künftige Entwicklung der Kreditmarktzinsen nur prognostiziert werden kann. Aus der Sicht des Landes Schleswig-Holstein werden **Zinsänderungsrisiken** verstanden als **potenzielle Mehrausgaben, die aus einem unerwarteten Anstieg der Kreditmarktzinsen resultieren**. Bezugsbasis bilden die **im Haushalt und der Finanzplanung veranschlagten Zinsausgaben**. Zinsänderungsrisiken ergeben sich demnach aufgrund der Höhe nach unsicheren Zinszahlungen aus den bestehenden Krediten und Finanzderivaten (Ist-Portfolio) und den gesamten Zinszahlungen der geplanten Geschäfte (Plan-Portfolio). Im Rahmen der Einführung der Outputorientierten Budgetierung und des Portfolioverfahrens zur Ergebnis-Risiko-Steuerung im Jahre 2002 wurden die haushaltsgesetzlichen Ermächtigungen, die sich bislang ausschließlich auf die Nominalvolumina der Kredite und Finanzderivate bezogen, um eine Obergrenze für die Schwankungsbreite der im Haushalt veranschlagten Zinsausgaben (Limit) ergänzt. Aufgrund des unmittelbaren Bezugs auf die Zinsausgaben wird das **tatsächliche Risikopotenzial des Landes vollständig erfasst und begrenzt**.

Das vom Parlament für **2009 vorgegebene Limit für die Schwankungsbreite** der im Haushalt veranschlagten **Zinsausgaben** (§ 2 (4) HG 2009/2010) in Höhe von 40 Mio. € wurde im Rahmen des 2. Nachtrags im Juli 2009 auf 10 Mio. € reduziert. Im **Haushaltsvollzug** wurden die **vorgegebenen Limitgrößen stets eingehalten**.

Die laufende Steuerung der Zinsänderungsrisiken im Rahmen des Portfoliokonzepts zur Ergebnis-Risiko-Steuerung erfolgt durch den Einsatz des so genannten Risikozinsszenarios. Dieses Szenario wird mit Hilfe eines standardisierten Prognoseverfahrens auf Basis der Zinssätze seit 1987 ermittelt. Das Verfahren wurde vom Finanzministerium in Zusammenarbeit mit dem Institut für Statistik und Ökonometrie der Universität Kiel entwickelt. Die dauerhafte Überwachung und wissenschaftliche Evaluation des Verfahrens wird durch eine Pflegevereinbarung gewährleistet. Auf der Grundlage des Risikozinsszenarios wird eine Zinsobergrenze für die Zinsänderungsrisiken für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung ermittelt, die mit einer festgelegten, hohen Wahrscheinlichkeit von 90% nicht überschritten wird.

Grundsätzlich steigen die Zinsänderungsrisiken mit dem Planungshorizont aufgrund des wachsenden Anteils der insgesamt ausstehenden Anschlussfinanzierungen (Plan-Portfolio) und den sich daraus ergebenden unsicheren Zahlungen. Zudem nimmt die Unsicherheit mit dem Planungshorizont zu. Im Doppelhaushalt 2009/2010 waren zunächst Limitgrößen in Höhe von 40 Mio. € für 2009 und 80 Mio. € für 2010 verankert. Im Rahmen des 2. Nachtragshaushaltes im Juli 2009 wurden die Limitgrößen reduziert:

	2009	2010
Gesetzlich festgesetztes Limit für das haushaltsmäßige Zinsänderungsrisiko (§ 2 Abs. 4 HG) in Mio. €	40 bzw. 10	80 bzw. 60

Abbildung 11: Limit für das haushaltsmäßige Zinsänderungsrisiko

Im Vollzug des Haushaltsjahres verringern sich konsequenterweise die Zinsänderungsrisiken, weil fortlaufend unsichere Planzahlen durch tatsächliche Abschlüsse und Zinsfeststellungen konkretisiert werden.

4.3.2 Kreditrisiken aus Finanzderivaten

Durch den Einsatz von Finanzderivaten nimmt das Land angesichts der ausstehenden Forderungen, z.B. bei den Zinsswaps, auch eine Gläubigerposition ein und trägt damit ein entsprechendes Kreditrisiko. Das **Kreditrisiko** bezieht sich sowohl auf den möglichen **Ausfall des Geschäftspartners** als auch auf die **Wertverringerung** der bestehenden Geschäfte aufgrund einer Verschlechterung des Ratings.

Das Land beschränkt sich grundsätzlich auf **Vertragspartner erster Bonität**, d.h. es muss von den führenden Ratingagenturen eine Bewertung in der Kategorie **Investmentgrade (mindestens A-Rating)** vorliegen.

Im Rahmen der Steuerung der Kreditrisiken werden zu Beginn eines jeden Jahres auf der Basis der Rating-Bewertungen in Anlehnung an die **bankenaufsichtsrechtliche Laufzeitmethode** für die laufenden nominalen Vertragsvolumina so genannte **Kreditäquivalente** ermittelt. Diese Kreditäquivalente dienen der Festlegung kontrahentenbezogener Abschlusslimits und der Überwachung des Kreditrisikos im Vollzug. Ergänzend zu den bonitätsbezogenen Limiten besteht aus Gründen der Risikostreuung eine weitere Begrenzung in der Form, dass auf **einen Geschäftspartner nur bis zu 20% des gesamten Kreditäquivalents** entfallen darf. Schließlich wird für die untere Ratingkategorie A vorab ein gesondertes Limit vereinbart. Für 2009 betrug die Obergrenze 20%.

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise kam es in 2009 insbesondere aufgrund der Entwicklungen im Landesbankenbereich und der damit verbundenen Ratingabwertungen zu einer Überschreitung des im Vorjahr noch gültigen Limits für Ratingkategorie A. Im Rahmen der entsprechenden Berichterstattung an die Leitung des Finanzministeriums wurde angesichts der umfangreichen staatlichen Stützungsmaßnahmen vereinbart, den Bereich der Landesbanken bezüglich des Kreditrisikos einer gesonderten Bewertung zu unterziehen.

Für den gesamten **Bestand an Finanzderivaten von 17,8 Mrd. € per 31.12.2009 (inkl. Zins- und Währungswaps) ergab sich ein Kreditäquivalent von gut 520 Mio. €**, das entspricht einem Anteil von 2,9% (Vorjahr: 3,1%). Auf die fünf größten Geschäftspartner entfiel per 31.12.09 insgesamt ein Anteil von über 44,8%, wobei hier die Spanne zwischen 12,4% und 5,6% lag (2008: Anteil 47,8% bzw. Spanne 14,8% und 5,3%). Die Kreditrisiken des Landes sind damit weiterhin relativ breit gestreut. Insgesamt ist das Kreditrisikopotenzial des Landes auch unter Einbeziehung der Auswirkungen der Finanzkrise im Vergleich zum Vorjahr nicht gestiegen.

Dennoch ist geplant, das bestehende Verfahren nach Stabilisierung der Strukturen im Bankensektor und der Funktionsfähigkeit der Märkte zu reformieren. Insbesondere einzubeziehen sind ergänzende Sicherungsvereinbarungen mit Banken, durch die potenzielle Risikopositionen mit regelmäßigen Ausgleichszahlungen unterlegt werden (sog. Collaterals).

4.3.3 Operationelle Risiken

In Anlehnung an die Bankenaufsicht (Basel II) bestehen als weitere wesentliche Risikokategorie operationelle Risiken als **Gefahr von Verlusten in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder in Folge von externen Ereignissen.**

Zur Begrenzung der operationellen Risiken im Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ sind die Funktionstrennung der Teilbereiche „Kredit- und Zinsmanagement“ und „Schulden- und Derivatverwaltung“ durch eine entsprechende Abgrenzung der Aufgaben im Geschäftsverteilungsplan und das Vier-Augen-Prinzip durchgehend umgesetzt. Ferner wird zur Erfassung konkreter Geschäftsvorfälle und zur Steuerung der operationellen Risiken eine sog. Ereignisdatenbank eingesetzt.

Im Finanzministerium wurde entsprechend der Vorgabe des Finanzausschusses (Drucksache 15/2985 i.V.m. Umdruck 15/4855) mit den „Richtlinien für die Ergebnis-Risiko-Steuerung des Aufgabenbereichs Kredite, Finanzderivate, Schulden“ bereits in 2005 ein vollständiges Regelwerk für das Kredit- und Derivatmanagement erarbeitet. Die Richtlinien beinhalten die beim Land eingesetzten Verfahren zur Steuerung der Ergebnisse und der wesentlichen Risikokategorien. Entsprechend der Vorgabe des Finanzausschusses wurden die Richtlinien mit dem Landesrechnungshof abgestimmt und der Finanzausschuss über das Arbeitsergebnis in Kenntnis gesetzt. Die Richtlinien werden fortlaufend aktualisiert.

5 Entwicklung und Struktur der Gesamtverschuldung

Im folgenden Abschnitt sind die wesentlichen Eckdaten zur Gesamtverschuldung des Landes dargestellt. Dabei ist zu beachten, dass sich der Jahresbericht grundsätzlich auf die im Landeshaushalt im Kapitel 1116 veranschlagten Schulden und die entsprechenden Aktivitäten des Kredit- und Zinsmanagements sowie der Schulden- und Derivatverwaltung bezieht. Die Schulden der ausgelagerten Bereiche, insbesondere der Liegenschaftsverwaltung, der Vermögensbeteiligung und der Krankenhausfinanzierung werden -ebenso wie die Bürgerschaftsverpflichtungen- im Rahmen der Vorlage des Jahresberichts ergänzend ausgewiesen.

5.1 Entwicklung der Kreditmarktschulden

Nachfolgend sind die am Kreditmarkt finanzierten Darlehen in der nach der Schuldenstatistik üblichen Abgrenzung (Stichtag 31.12., ohne Eigenbestand an Wertpapieren) dargestellt. Der entsprechende Schuldenstand betrug am Jahresende 2009 rd. 24,2 Mrd. €.

	31.12.2008	Zugang	Abgang	31.12.2009
	in Mio. €			
Schulden aus Kreditmarktmitteln	22.372,29	5.123,69	3.311,95	24.184,03
<i>davon:</i> Wertpapierschulden	8.560,61	3.103,47	1.653,48	10.010,60
Schuldscheindarlehen	13.811,69	2.020,23	1.658,48	14.173,44
<i>nachrichtlich:</i> Darlehen öffentl. Haushalte	380,12	0,00	15,43	364,69
Wertpapier-Eigenbestand	56,05	36,82	35,69	57,18

Abbildung 12: Schulden aus Kreditmarktmitteln in 2009

5.2 Struktur der Gesamtverschuldung

Nachfolgend ist die Struktur der Gesamtverschuldung des Landes unter Einbeziehung der Verschuldung gegenüber öffentlichen Haushalten, d.h. die sog. fundierten Schulden, anhand der Teilaspekte Kreditarten und Gläubiger dargestellt.

5.2.1 Kreditartenstruktur

Innerhalb der fundierten Schulden veränderte sich der Anteil der begebenen Schuldscheindarlehen von 13,81 Mrd. € (61%) im Jahre 2008 auf 14,17 Mrd. € (58%) im Berichtsjahr. Parallel hierzu war eine Zunahme des Wertpapieranteils von 8,56 Mrd. € (38%) auf 10,01 Mrd. € (41%) zu verzeichnen. Das geringe Bestandvolumen von 365 Mio. € der Darlehen bei den öffentlichen Haushalten war mit 1% (2008: 380 Mio. €) entsprechend der planmäßigen Tilgung weiter rückläufig.

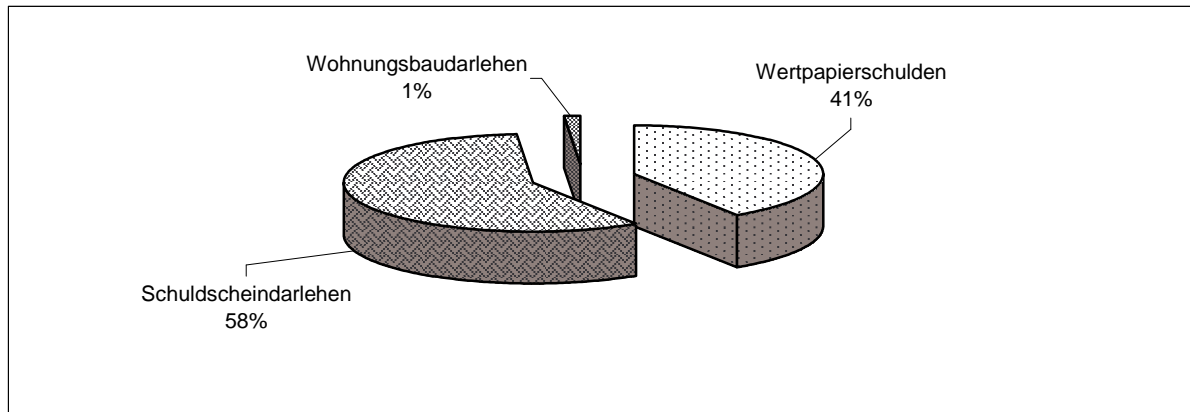


Abbildung 13: Struktur der Gesamtverschuldung nach Kreditarten per 31.12.2009

	2006	2007	2008	2009
Fundierte Schulden in Mio.	22.173,72	22.421,70	22.752,41	24.548,72
davon				
Schuldscheindarlehen	13.575,49	14.098,65	13.811,69	14.173,44
Wertpapieremissionen	8.189,29	7.930,82	8.560,61	10.010,60
öffentliche Haushalte	408,93	392,23	380,12	364,69

Abbildung 14: Entwicklung der fundierten Schulden

5.2.2 Gläubigerstruktur

Die Gläubiger der Landesschulden sind lediglich bei den Schuldscheindarlehen (Namenspapiere) der Landesschuldenverwaltung bekannt. Bei den begebenen Landeschatzanweisungen, bei denen es sich vom Rechtscharakter her um Inhaberpapiere handelt, ist dies jedoch nicht der Fall. Wie die nachfolgende Grafik zeigt, sind Versicherungen und Versorgungskassen mit 48,83% (2008: 45,50%), Hypothekenbanken mit 19,48% (2008: 23,88%) sowie der Bereich der öffentlichen Kreditinstitute (Landesbanken und Sparkassen) mit 14,19% (2008: 12,22%) die größten Gläubigergruppen des Landes im Bereich der Schuldscheindarlehen.

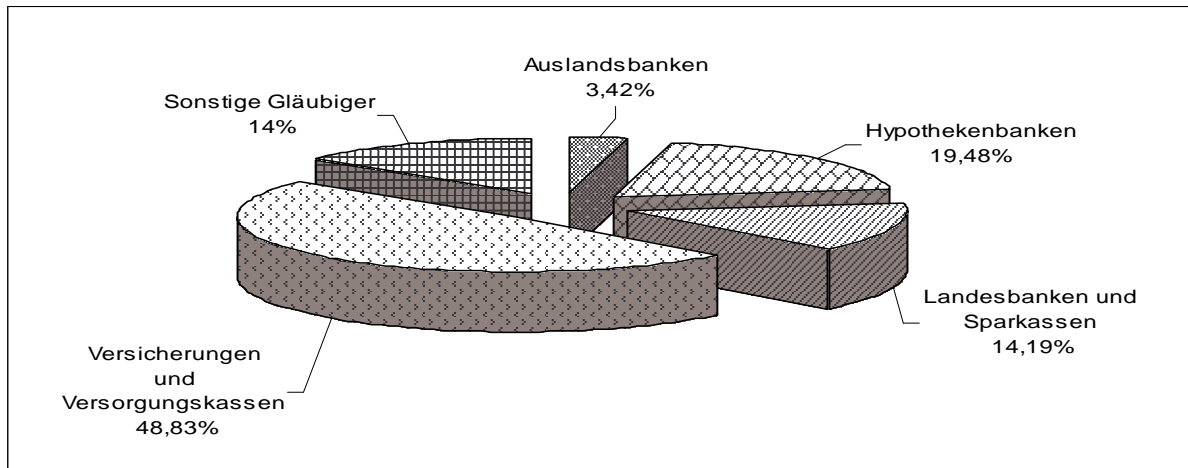


Abbildung 15: Gläubigerstruktur Schuldscheindarlehen per 31.12.2009

5.2.3 Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden

Die nachstehende Grafik zeigt die Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden des Landes per Ende des Haushaltsjahres 2008 und deren Veränderung durch die Abschlüsse im Haushaltsjahr 2009. Die Marktverhältnisse im Zuge der anhaltenden Finanzkrise führten wie bereits im Vorjahr zu einer Schwerpunktbildung bei den Neufinanzierungen und zu einer Verkürzung der Laufzeiten. Die Investoren fragten vor allem großvolumige Wertpapieremissionen in der zwei- und fünf-jährigen Laufzeit nach. Abgesehen von der klassischen zehnjährigen Laufzeit waren Investoren nur vereinzelt bereit, in den Wunschlaufzeiten des Landes (7-10 Jahre) zu investieren. Aus der Versicherungsbranche wurden wiederum –typisch in Phasen relativ niedriger Zinsen- die überlangen Laufzeiten ab 10 Jahren bevorzugt.

Durch die weiteren Abschlüsse in den nächsten Jahren wird sich das jetzt noch niedrige Tilgungsvolumen in den Jahren nach 2014 deutlich erhöhen. Mit Blick auf die Risikostreuung bei der Liquiditätsbeschaffung wird vom Land zwar eine Verstetigung der Fälligkeitsstruktur angestrebt. Die tatsächlichen Finanzierungen sind hingegen stark von den jeweiligen Marktbedingungen und den Interessen seitens der Investoren geprägt.

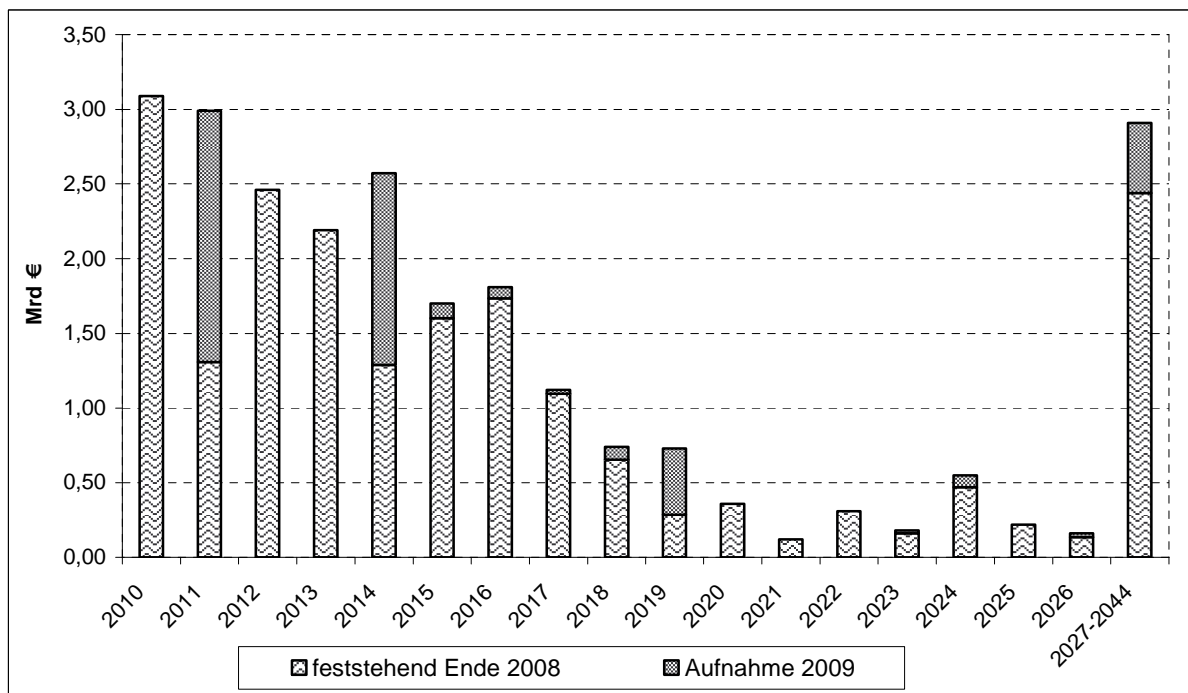


Abbildung 16: Fälligkeitsstruktur der Kreditmarktschulden

5.2.4 Struktur der Verzinsung

Das Land Schleswig-Holstein betreibt im Rahmen des Portfoliokonzepts eine gezielte Ergebnis-Risiko-Steuerung der gesamten Zinsausgaben aus Krediten und Finanzderivaten. Seit dem Jahresbericht 2006 werden die wesentlichen Kennziffern zur Charakterisierung der Verzinsungsstruktur des Landes veröffentlicht. Mit Bezug auf die gesamten Kreditmarktschulden in Höhe von rd. 24,2 Mrd. € zum Jahresende 2009 werden nachfolgend der Anteil an festen und variablen Finanzierungen, die durchschnittliche Restlaufzeit sowie die durchschnittliche Zinsbindungsfrist betrachtet:

- Der Bestand der Kreditmarktschulden zum 31.12.2009 teilte sich auf in 84% (2008: 91%) festverzinsliche und 16% (2008: 9%) variabel verzinsliche Verpflichtungen. Unter Berücksichtigung der Derivate erhöhte sich der feste Anteil auf 90% (2008: 90%) und wurde somit im Vergleich zum Vorjahr konstant gehalten. Der variable Anteil verringerte sich durch den Derivateinsatz entsprechend auf 10% (2008: 10%).
- Die durchschnittliche Restlaufzeit des gesamten Kreditbestandes hat sich auf 5,61 Jahre leicht verkürzt (2008: 6,1 Jahre). Einen wesentlichen Einfluss hatte hier die Investorennachfrage, die sich stärker auf die kürzeren Laufzeiten bzw. auf variable Verzinsungen konzentrierte.
- Vor dem Hintergrund der Marktverhältnisse hat sich auch die durchschnittliche Zinsbindungsdauer, die Laufzeit- und die Verzinsungsstruktur in einer Größe kombiniert sowie die Finanzderivate berücksichtigt, leicht auf 4,4 Jahre zum Jahresende 2009 verringert (2008: 4,5 Jahre).

Die Kennzahlen bringen die umfangreichen Maßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements zur mittel- bis langfristigen Optimierung der Zinskostenstruktur zum Ausdruck. Mit Blick auf die eingeschränkte Risikotragfähigkeit des Landeshaushalts verfolgte das Land bereits sehr frühzeitig die Strategie, zinsgünstige Phasen zur Begrenzung der Zinsänderungsrisiken zu nutzen. So wurden bereits seit 2003 die Laufzeit und der Anteil der festverzinslichen Finanzierungen kontinuierlich verlängert. Ferner wurden Finanzderivate zur vorzeitigen Zinssicherung abgeschlossen.

In den Krisenjahren 2008 und 2009 bestand Investorennachfrage marktbedingt vor allem im Bereich großvolumiger Wertpapieremissionen mit kurzer Laufzeit bzw. variabler Verzinsungen. So konnte die Liquidität zu jeder Zeit sichergestellt werden. Der Einsatz der Finanzderivate wurde im Niedrigzinsumfeld noch stärker auf die Begrenzung der Finanzierungsrisiken ausgerichtet. Wie die Ergebnisse verdeutlichen, ist auch unter den krisenbedingt schwierigen Bedingungen in 2009 eine Optimierung der Zinskostenstruktur gelungen.

Stand der „Allgemeinen Schuldverpflichtungen“ des Landes Schleswig-Holstein

1. Schuldenstand

Der Schuldenstand entsprechend der Schuldenstatistik der Länder (SF-Schu) zum Stichtag 31.12.2009

1.1. Schulden aus Kreditmarktmitteln	24.184,03 Mio. €
davon	
1.1.1 Wertpapierschulden *)	10.010,60 Mio. €
1.1.2 Schuldschein- und Vertragsdarlehen	10.173,43 Mio. €

1.2. Schulden bei öffentlichen Haushalten	364,69 Mio. €
---	---------------

Fundierte Schulden am 31.12.2009 **24.548,72 Mio. €**

nachrichtlich:

Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00 Mio. €
--------------------------------	-------------

**Die fundierten Schulden am Ende des
Haushaltsjahres 2009** betragen in Abgrenzung
zum Schuldenstand lt. Schuldenstatistik der
Länder (SF-Schu) **24.962,82 Mio. €**

abzüglich
Schuldenaufnahme für das Haushaltsjahr 2009
mit einer Valuta im Jahr 2010 414,10 Mio. €

24.548,72 Mio. €

*) Schuldenstand um den Eigenbesitz des Landes an Wertpapieren
(Schatzanweisungen) in Höhe von 57,18 Mio. € – wie in der
Schuldenstatistik der Länder (SF-Schu) ausgewiesen – vermindert.

2. Nachweis der am 31. Dezember 2009 in Kraft befindlichen Landesbürgschaften

Beitrag vom Bürgschaftsreferat (VI 265)

In das Landesschuldbuch - Abt. C - waren Bürgschaften, Gewährleistungen und Kreditaufträge (inkl. Globalbürgschaften) eingetragen in Höhe von	- € - 1.475.554.258,62
./. Rückführungen und nicht ausgenutzte Rahmen der Globalbürgschaften	1.034.863.896,91
./. bisher geleistete Abschlagszahlungen	1.546.254,74
./. Bundesanteil/Gemeinschaftsaufgabe	<u>32.299.178,16</u>
	Zwischensumme: 406.844.928,81
+ mitverbürgte Zinsen	<u>22.482.427,88</u>
	Gesamtsumme: <u>429.327.356,69</u>

Eine detaillierte Aufgliederung des Bestandes ergibt sich aus der Anlage.

I) <u>Haushaltsgesetz 2009/10</u>	EURO	EURO	EURO	EURO
1. § 18 Abs. 1 - Wirtschaftsförderung				
Globalbürgschaften				
- TA (30 Mio. €)	5.842.900,13			
- gew. Wirtschaft (200 Mio. €)	9.564.867,74			
- IB-SoDa (2 u. 30 Mio. €)	17.481.967,36			
- EFRE-Fonds (6,18 Mio. €)	4.656.856,88			
- RBE BB (129,5 Mio. €)	70.230.533,36			
- 1. Nachtrag RBE BB (47 Mio. €)	12.907.998,03			
- RGE BB (18,3 Mio. €)	7.260.779,12			
- 1. Nachtrag RGE BB (6 Mio. €)	1.451.046,90			
Einzelbürgschaften	<u>511.291,88</u>	129.908.241,40		
<i>./. Abschlagszahlungen</i>		1.546.254,74		
<i>./. Bundesanteil GA-Bürgschaften</i>	287.515,16			
<i>./. Abschlagszahlungen</i>	<u>0,00</u>	287.515,16		
<i>./. Bundesanteil GA-Erweiterung</i>	1.952.943,00			
<i>./. Abschlagszahlungen</i>	<u>0,00</u>	1.952.943,00	126.121.528,50	
2. § 18 Abs. 2 - Schifffahrt/Schiffbau				
Globalbürgschaft (500 Mio. €)	119.087.967,13			
Einzelbürgschaften	<u>8.027.000,00</u>	127.114.967,13		
<i>./. Abschlagszahlungen</i>			0,00	
<i>./. Bundesanteil GA-Erweiterung</i>	30.058.720,00			
<i>./. Abschlagszahlungen</i>	<u>0,00</u>	30.058.720,00	97.056.247,13	223.177.775,63
		+10 % für mitverbürgte Zinsen:		<u>22.317.777,56</u>
				245.495.553,19
3. § 18 Abs. 3 - GKSS-Forschungszentrum Geesthacht				
			2.020.650,00	
4. § 18 Abs. 6 - GVB				
			<u>180.000.000,00</u>	182.020.650,00
			Summe I)	427.516.203,19
II) <u>Sonderermächtigungen früherer Haushaltsjahre</u>				
1. HG 1984 § 15 Abs. 13 - Waldorfpädagogik				
			353.666,73	
2. HG 2006 § 16 Abs. 3 - Wohlfahrtspflege				
			<u>1.292.836,45</u>	1.646.503,18
		+10 % für mitverbürgte Zinsen:		<u>164.650,32</u>
				1.811.153,50
			Summe II)	1.811.153,50
		Gesamtsumme I) und II):		<u><u>429.327.356,69</u></u>

Schuldenstand der ausgegliederten Bereiche per 31.12.2009:

I. Liegenschaftsverwaltung (LVSH)	388 Mio. €
II. Vermögensbeteiligung (GVB)	180 Mio. €
III. Krankenhausfinanzierung	280 Mio. €

Summe	848 Mio. €
--------------	-------------------